

Diese Zeitung erfreut
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post
Zensurbehörde vom 6.2.15.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bauhüllen-Anzeigen die
zugesetzte Kolonial-Zeile
60.
Werbeanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey,
Druck von G. u. D. Weißer & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Göttsche, Hannover.
Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Käthestraße 7, 2. Et. — Telefon-Abteilung 3002.

Verbandsitag 1916.

Vorstand und Ausschuß haben zu der Abhaltung
des Verbandsstages Stellung genommen. Beide Körperchaften
kommen zu dem Besluß,

während der Dauer des Krieges einen Verbandsitag nicht abzuhalten.

Die Gründe sind mannigfach. Bei den ungünstigen Verhältnissen lohn zu den allgemeinen und besonderen Verbandszielen nicht Stellung genommen werden; dann ist eine große Anzahl unserer männlichen Verbandsgenossen im Felde, denen die Möglichkeit, die Beschlüsse des Verbandsstages zu beeinflussen, nicht gegeben ist. Außerdem machen auch die Vorausfrage, daß Unterbringen und die Festigung der Delegierten in der Kriegszeit nicht unbedeutende Schwierigkeiten. Die Kolleginnen und Kollegen werden aus diesen Gründen den gesuchten Beschluss für vollauf berechtigt halten.

Mit kollegalem Gruß!

Der Vorstand.

Das Eingreifen des Staates in die wirtschaftlichen Kämpfe.

Seit mehr als hundert Jahren wird in der kapitalistischen Welt die Frage erörtert, inwieweit der Staat das Recht und die Pflicht — und auch die Fähigung — hat, ordnend und regelnd, hemmend und fördernd in das wirtschaftliche Leben einzumischen. Wir haben Zeiten gehabt, in denen es Brauch war, daß die Staatsgewalt sich um alles kümmerte und in alles ihre Macht stellte, und wir haben Zeiten gehabt, in denen es als höchste Staatsfreiheit galt, der wirtschaftlichen Entwicklung freien Lauf zu lassen und nur für die äußere Sicherheit dieser Entwicklung zu sorgen. Allmählich ist man dahin gekommen, die Mittelmöglichkeiten einzuschlagen zwischen diesen beiden Gegensätzen, und die wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist es, die Grenzlinie zu finden und in einem bestimmten Falle festzustellen, ob und inwieweit ein staatliches Eingreifen in das Getriebe des Wirtschaftslebens angebracht ist oder nicht. Allerdings hat der gegenwärtige Weltkrieg dem Staat eine große Macht auch in wirtschaftlichen Dingen in die Hand gegeben und ihm fast die Alleinherrschaft im Gebiet der Gütererzeugung und Güterverteilung übertragen, aber wenn erst nach dem Kriege normale Verhältnisse eingetreten sein werden, so wird natürlich auch die Staatsgewalt gewissermaßen instinktiv die Partei der Arbeitgeber ergriffen gegen die Arbeitnehmer. Es hat wohl keinen verhängnisvolleren Fehler für die Entwicklung unseres Volkes gegeben, als daß die Behörden offenkundig und ohne Scheu die Geschäfte des Unternehmertums besorgten und die Arbeiterschaft unter Ausnützungsetze stellen. Das ist heute, theoretisch wenigenfalls, ein überwundener Standpunkt, denn heute gilt der Grundsatz der gleichen Behandlung von Unternehmern und Arbeitern als eine Selbstverständlichkeit, der sich niemand mehr entziehen kann. Wie weit sich dieser Grundsatz in der Praxis durchzusetzen vermag, das kommt vor allen Dingen auf die Einigkeit und Stärke der Arbeiterschaft an, denn das Erfolgsmoment nach dem Kriege so gut wie dem Kriege Anspruch erheben wird auf die Unterstützung der Behörden, braucht wohl kaum noch gesagt zu werden.

Bor kurzem ist eine Broschüre herausgekommen, in der Professor Dr. Jüngmann die Erfahrungen schildert, die man in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sowie in Kanada und Australien mit den gewerblichen Schiedsgerichten gemacht hat. Die Schrift führt den Titel: "Der Staat als Schiedsrichter gewerblicher Streitigkeiten" und ist in Tübingen bei Mohr erschienen. Sie enthält eine gute Übersicht über die Wirkung des Schiedsgerichtsverfahrens und ist deshalb allen Gewerkschaftsleitern zu empfehlen. Wir wollen das Wichtigste aus dem Inhalt wiedergeben.

Die Vereinigten Staaten haben seit 1896 ein Gesetz, das ein staatliches Eingreifen in die gewerblichen Streitigkeiten vorsieht. Die erste Form des Eingreifens ist lediglich eine vermittelnde Tätigkeit auf Wunsch einer der streitenden Parteien. Sie hat im allgemeinen günstig gewirkt, sofern es gelang, geeignete Schiedsrichter zu finden und sofern es sich um organisierte und disziplinierte Arbeiter handelt. Da sich dies Gesetz lediglich auf die großen Eisenbahnen unternehmen bezieht, wo sich die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen gegenüberstehen, so sind die Ergebnisse zuständigstellend. Anders liegt die Sache dagegen bei der zweiten Form, die darin besteht, daß nur dann ein schiedsgerichtliches Verfahren eingeleitet wird, wenn beide

Parteien darum nachsuchen. Hier sind die Erfolge gering, was vorwiegend in der ungünstigen Zusammensetzung des Schiedsgerichts seinen Grund hat. Das Schiedsgericht besteht nämlich aus drei Personen, von denen jede Partei eine ernannt, die dritte soll von den beiden andern gewählt werden. Da aber jenen oder nie eine Einigung zustande kommt, so ernannt der Staat einen Beamten als dritten Richter, in dessen Hand gewöhnlich die eigentliche Entscheidung liegt, da die beiden andern Stimmen sich gegenseitig aufheben. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand, denn der betreffende Beamte verfügt weder über die erforderliche Sachkenntnis in den technischen und wirtschaftlichen Fragen, noch besitzt er in allen Fällen die nötige Unparteilichkeit. Es kommt deshalb in diesen Verfahren meistens zu Kompromissen, die keine Partei befriedigen. Da keinerlei Zwang besteht zur Annahme des Schiedsspruchs, so verläuft das Verfahren gewöhnlich wie das Hornberger Schießen.

In Kanada schreibt das Gesetz vor, daß in bestimmten Industriezweigen erst dann gestreikt oder ausgepickett werden darf, wenn vorher ein Schiedsgerichtshof seine vermittelnde oder schiedsrichterliche Tätigkeit beendet hat. Es besteht allerdings kein Zwang für die Parteien, sich dem Schiedsspruch zu fügen, aber der Spruch wird amtlich veröffentlicht, damit die Parteien gewissermaßen moralische Gezwungen werden, sich zu vertragen. Das Gesetz geht nämlich von dem richtigen Gedanken aus, daß die Allgemeinheit das Recht haben müsse, sich dort, wo allgemeine Interessen berührt werden, an der Hand des Schiedsspruchs selbst ein Urteil zu bilden. Diese Seite des Verfahrens wird von den Sozialpolitikern ungemein gelobt, doch meint Dr. Jüngmann, daß die öffentliche Meinung schwankend sei und gefühlsmäßig die Streitfrage beurteile. Die Arbeitgeber scheinen diesem Verfahren nicht günstig gesinnt zu sein, weil sie ein größeres Vertrauen zu ihrer wirtschaftlichen Macht haben, als zu der Unterstützung durch die öffentliche Meinung, die meistens auf Seiten der Arbeiter steht. Wie die Statistik lehrt, hat dies Verfahren wohl manchen Streit und manche Aussperrung vermieden, aber bei den vorhandenen Interessengegensätzen ist die Entscheidung nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben, bis dann eines Tages sich der aufgesammelte Konfliktstoff in einem Zusammenstoß entlädt.

Die Gegebenheit in Australien und Neuseeland sieht ein schiedsgerichtliches Verfahren vor, das die Entscheidung in die Hand eines vom Staat ernannten Richters legt. Diese Entscheidung ist rechtzeitig für beide Parteien, so daß Streits und Aussperrung überhaupt verboten sind. Die Verhandlung wird geführt zwischen den beiderseitigen Organisationen, die ihre Wünsche und Beschwerden, ihre Gründe und Gegenstände vorbringen. Die eingetragenen Organisationen sind staatlich anerkannte Standesvertretungen, die den weitgehendsten Schutz der Gesetze genießen. Der betreffende Richter entscheidet nach freiem Erlassen endgültig und ohne daß eine Berufung möglich ist. Daß ein solches Verfahren, daß eine ungeheure Macht in die Hand eines einzelnen Mannes legt, seine Schattenseiten und Gefahren hat, läßt sich nicht leugnen, und so ist es demnächst klar, daß der Schiedsspruch die wirtschaftlichen Kämpfe nicht verhindert, ja daß es manchmal, trotz der gesetzlichen Strafbestimmung, zu erbittertem, langwierigen Streit kommt. In den meisten Fällen haben allerdings die Gewerkschaften beim Schiedsgericht Erfolge erzielt, was selbstverständlich die Arbeitgeber und ihre Freunde veranlaßt, die schiedsgerichtliche Entscheidung für einen Unfall zu erklären. Die starken wirtschaftlichen Interessengegensätze beeinflussen eben das Urteil allzu sehr, als daß eine Übereinstimmung erzielt werden könnte.

Bemerkenswert ist noch, daß die Unternehmervororgane, so z. B. die "Arbeitgeber-Zeitung" und "Der Arbeitgeber", mit Vertheidigung von der Jüngmann'schen Broschüre Kenntnis nehmen, weil sie ihre Meinung auch sich gegen die Durchsetzbarkeit eines schiedsgerichtlichen Verfahrens ausspielt. Aus ihren Ausführungen leuchtet eine gewisse Schadenfreude hinterher über das angekündigte Misserfolg jener Versuche, die dem wirtschaftlichen Frieden dienen sollen. Der bekannte Syndikus Dr. Lanzler spottet über die Wogen sozialreformerischer Begeisterung, die sich nach dem Kriege über Deutschland ergießen und darüber, daß viele Leute wieder in die Vorstadt am Rhein sozialpolitischer Wünsche und Worschläge hereinbrechen werden. Dann werde auch wieder die Forderung nach einer staatlichen Vermittler-tätigkeit in gewerblichen Streitigkeiten hervorrufen werden. Doch sei diese Forderung niemals zu verwirklichen, weshalb das Eingreifen des Staates zwangsläufig werden müsse. Wie man sieht, haben gewisse Sozialsozialisten keine Lust, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, weil sie von diesem Rechtswege eine Schädigung ihrer Macht befürchten. Es scheint auch, als ob ihnen an dem wirtschaftlichen Frieden, der durch die Schiedsgerichte gefördert werden soll, weniger liegt, als daran, daß sie Herren im Hause bleiben. Das ist für sie im Interesse ihres Geldbeutels die Hauptjagd, alles andere ist für sie klarer Dumst. Ihre burgfriedliche Gefühlung verschließt in denselben Augenblick, in dem es sich um ihre Alleinherrschaft handelt. Das geht auch deutlich hervor aus ihrer ablehnenden Stellung gegenüber einem unparteiischen Arbeitsnachweise. Auch hier wollen sie die Herren bleiben und allein zu sagen haben. Ihr Burgfriede, den sie sich wünschen, ist ungefähr ein Friede wie zwischen Knäppel und Hund.

Umlernen.

Zu dem jetzt so zeitgemäßen Kapitel vom Umlernen schickt uns Kollege Adolf Weber, der zurzeit in den Rotmojümpfen in Russland kämpft, den folgenden Beitrag:

Dem gewaltigen Böllertungen der Gegenwart wenden sich alle Augen der zivilisierten Welt zu. Im besonderen erwacht Deutschland allerorts das größte Interesse. Sehen schon unsere Waffen Erfolge die Welt in Erstaunen, so in nicht geringerem Maße unsere Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet. Überraschend schnell ist es Deutschland gelungen, seine Produkt für die gegenwärtigen Verhältnisse umzugestalten und die Pläne seiner Feinde zufrieden zu machen. Deutschland konnte bisher weder ausgehungert noch wirtschaftlich erdrückt werden. Die Abschneidung der Zufuhr von Rohstoffen bewirkte, daß man sich um Erfahrungsmittel wußte, was in den meisten Fällen mit vollem Erfolg gelang. Die Gegner Deutschlands müssen einsehen, daß ihre Berechnungen auf falschen Voraussetzungen aufgebaut waren und daß der Lebensnerv des deutschen Volkes auf solche Weise nicht zu töten ist.

Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß selbst die kühnsten Erwartungen der Optimisten übertroffen sind. Niemand rechnete damit, daß sich das Volk so überraschend schnell der neuen Situation anpassen könnte. Mit erstaunlicher Schnelligkeit richteten sich die verschiedensten Betriebe für die Herstellung kriegsbrauchbarer Produkte ein. Noch mehr bewundernswert ist jedoch der Umstand, daß ebenso schnell die Arbeiter für die Versorgung der neuen Produkte umgelernt werden konnten. Wenn jedoch mit vollem Erfolg geschehen konnte, so zeigt das die hohe Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft. Diese wieder ist nicht zuletzt mit zurückzuführen auf die Bildungstäigkeit bei der Arbeiterbewegung. Wo wären wir geblieben, wenn nicht die Freikräfte, Wissen und Bildung zu erlangen, vorhanden gewesen und in der Arbeiterbewegung gepflegt und gefördert worden wären? Es wäre eine lohnende Beschäftigung für einfallsvolle Personen der sogenannten höheren Freizei, sich von dem Bildungsbürgern und dem Wissensdurst in Arbeiterkreisen zu überzeugen. Hier ist jener Geistert, der der Ausbildung zwischen Bevölkerung und Bevölkerung das Wort redet, ein Feld der Arbeit gehoben! Auf welcher kulturellen Stufe würden wir stehen, wenn man unserer berechtigten Forderung, der Arbeiterschaft den Aufstieg zu den Hörsälen der höheren Schulen zu ermöglichen, schon längst stattgegeben hätte! Wird man der Krieg bewirken, daß jene, die Wissen und Bildung als ein Monopol der Besitzenden betrachten, infossem umlernen, daß sie ihren jetzigeren Standpunkt aufgeben? Die Predigungen, Wissen und Bildung allen zu verschaffen, sind die edelsten Triebe eines Volkes, und ein verständiger Wirtschaftler wird ihren Wert erkennen und entsprechend ausnutzen wissen. Wer anders handelt, hemmt den Kulturforschritt.

Freilich ist solches Verlangen von grundärzender Bedeutung. Es müßte ja zugleich mit den vielen Vorrechten aufgeräumt werden, auf die die besitzende Gesellschaft einen Anspruch zu haben glaubt. Es müßten dann den Besitzlosen auch jene Stellen erreichtbar sein, die bisher nur den Personen aus der sich deiner dunklen Gesellschaft zugängig waren. Dann müßten aber die heile Bevölkerung befürchten, daß mehrheitliche Heile in ihrem Kämpfenteich kommen könne, und das muß verhindert werden. Mit dem zunehmenden Wissen in den unteren Schichten würde auch deren Macht, und das muß bekämpft werden, denn der Wissende läßt sich eben nicht so willentlich ausarbeiten wie der Unwissende. Doch ob man auf diesem Gebiete umlernen will oder nicht, die Arbeiterbewegung wird sich süßlich durch jeden Druckverbau für ihre Bestrebungen einen Weg bahnen.

Ein weiteres Gebiet, auf dem noch gründlich umgelernt werden muss ist die Sozialgesetzgebung. Hier muss direkt dem Unternehmertum jeder Fortschritt millimeterweise abgetragen werden, obwohl die Sozialgesetzgebung eines der bedeutamsten Mittel ist, Kraft und Gesundheit des arbeitenden Standes zu fördern. Jämer wieder macht man geltend, daß die Industrie infolge der hohen Belastung durch die Arbeiterversicherung dem Ausland gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig ist. Diese Einschüde werden am besten durch die statistischen Zahlen des Weltmarktes und der Weltproduktion widerlegt. Da ist einwandfrei nachgewiesen — und man röhrt sich desseh! — daß Deutschland in schnellstem Tempo allein in andern Staaten den Rang abholen kann. Wie verschafft sich diese Lücke zu den angeführten Einwänden? So wie dieser Einwand fallen alle andern gegen die Sozialversicherung in sich zusammen. Es gibt überhaupt keinen sichhaltigen Grund gegen den Ausbau der Sozialgesetzgebung; denn diese ist, wie schon erwähnt, das beste Mittel zur Steigerung der Volksgesundheit und ebenso notwendig wie Kämmen und Bajonetten. Ob die Unternehmer in richtiger Erkenntnis dieser Verhältnisse wohl umlernen werden? Wenn nicht — ihre Solidarität wird an der eisernen Notwendigkeit, welche berechtigten Forderungen zu erfüllen, zerhellen.

Die Interesse des Reichswehr, der ja den weitesten Kreisen großes Aufgeboten verursacht, ist es ferner geboten, den unteren Schichten jühere Erfahrungen zu geben. Ist dem Vaterland der Arbeiter gut genug, soß von ihm gegen den Feind vertheidigen zu lassen, so hat es auch die Pflicht, die Freiheit des Arbeiters zu sichern. Für diesen Zweck muß das Reich auf

Arbeit geschaffen werden. Sollen die herrschenden Klassen der weiteren Aufstieg Deutschlands ernstlich fördern, dann müssen sie unter ihnen und den berechtigten Wünschen der Arbeiter viel mehr als früher Rechnung tragen.

Dann ist aber nicht nur den erwähnten Kreisen Grund zum Umlernen gegeben. Auch die Arbeitnehmer müssen in verschiedenen Dingen, die außerhalb ihrer Berufstätigkeit liegen, umlernen. Sie müssen, um mehr Erfolg im Kampfe für bessere Verhältnisse zu haben, das wahre Gesicht des kapitalistischen Ausbeutungssystems besser kennen lernen. Nur wer die Gefahr kennt, kann ihr ent-

reit ist, noch 50 000 M. Kapital mitzubringen. Ein sonderbarer
Fälliger ist auch jener 41jährige Techniker, der nicht um Geld zu
kümmern, sondern nur um Beschäftigung zu haben, jede passende
Arbeitsgelegenheit vom Direktor bis zum "Schichtübergänger" bei
einer der ersten Betriebe anhält und annimmt. Bei einer solchen An-
strengung fehlt von Angestellten aus leitenden Stellungen braucht sich
niemand zu wundern, wenn die Unternehmer Anforderungen an
die Gesellschafter und Arbeiter stellen, die nur Mausheiden übernehmen
können.

Da sucht eine Feinpapierfabrik einen Werführer, der die bei den Maschinenführers mit versehenen und umgekehrt verlangt eine Papierfabrik einen Maschinenführer, der die Werftführerstelle mit überlegt. Die Fabrik für mittelheine Papiere sucht einen Saalsmeister, der "enge Schule" hatte, an größte Ordnung gewöhnt und schwere Kontrolle auszuüben imstande ist. Nicht immer braucht der Schwarze Kontrolleur praktische Kenntnisse zu besitzen, wie aus der Anzeige der österreichischen Zigarettenpapierfabrik hervorgeht, die einen Werführer sucht, bei dem Branchekennnisse erwünscht, doch nicht dingung sind. Einem kleinen Ausschlag über die Ausbildungssucht gewisser Werführer gibt eine Anzeige der Firma Al Scherermann in Bremen, die für ihre Papiermühle in Blanken-Muhr einen Werkmeister sucht, der die Fabrikation von Papier im Attest zu übernehmen hat. Selbstverständlich ist ein solcher Vorgesetzter lebhaft interessiert an der billigen Beurteilung jener Arbeiter bei möglichst langer Arbeitszeit.

Recht anstößig wirken auch jene Anzeigen, in denen Arbeitern, öftmals leichter Vergehen von den Unternehmern strafbriefverfolgt werden. In letzter Zeit treten diese Erscheinungen et in recht erheblichem Maße ans Tageslicht. Die Papierf-f Rammstein sucht einen Arbeiter strafbrieflich, der ohne Begründung „bei Nacht und Nebel“ die Arbeit verlassen hat, nachdem noch in dem Fabrikationsraum erschreckliche Schäden gemacht hatte. Der Mann das Buch hatte, frank zu werden, wird er im Fabrikbrief als Simulant hingestellt, der es angeblich darauf aben hatte, die Fabrikfrankenkasse zu plündern. Die Papierfabriken Bisch und Fockendorf suchen je einen Maschinenarbeiter öffentlich ermorden, die, trotzdem sie Meisterborschütz erhalten haben, die nicht enttraten. Soweit die Firmen Schwindlern in die re geraten sind, die nur darauf ausgehen, die Fabriken um den vorhäng zu pressen, erschweren die Warnungen in der Désent- licht begreiflich, obwohl auch da die Verfolgung der Staats- lichkeit allein überlassen werden könnte.

Etwas schwieriger liegt die Sache da, wo der Arbeiter bei
einer längere Zeit tätig war und dann unter Hinterlassung
Schulden verschwindet. In den überaus meisten Fällen liegt
die Schuld an den Firmen selbst, die ihre Arbeiter recht elend
halten, ihnen aber dafür Kredite in Gold und Naturalien ein-
tragen, um so die Arbeiter möglichst lange an den Betrieb zu
verleihen. Wenn ein Arbeiter dann unter Hinterlassung von
seinem Domizil, so fühlt sich der Unternehmer verpflichtet,
lähmen des Arbeiters öffentlich an den Schandpfahl zu hängen.
Dagegen sollten auch die Arbeiter ein solches Arbeitsverhältnis
abschüttig empfinden und sich mit Hilfe der gewerkschaftlichen
Organisation menschenwürdige Arbeitsverhältnisse etablieren, die es
ermöglichen, ohne Fleißverschärfung die Arbeitsstelle zu wechseln.
Dazu brauchen sie auch nicht vor dem Unternehmer um Gnade
antrauen und die Fazitatenplakate der Fach- und Tageszeitungen
mündigen Arbeitsangeboten zu betrüftern.

agitatorische Erfolge der Papierfabrikanten.

ergründen! ist das Schlagwort des Krieges für die in der Heimat lebende Bevölkerung geworden. Mit diesen Worte soll ausgedrückt werden, daß der wirtschaftliche und politische Kampf der beiden Sozialparteien, Partei und Zentrumspartei während des Krieges begraben sein soll. Nicht kann und darf darin gesagt sein, daß sich die Verbundenheit der Parteien, Vereinigungen usw. für ihre soziale Vollstetigkeit zu rufen habe. Bei keinen Fall kann mit Vollstetigung des Kriegsredens ein an Friedensfeinde grenzendes Verlager der sozialdemokratischen Bevölkerung gewünscht sein. Die sozialen Reden des Krieges haben auch gezeigt, daß gerade jene sozialistisch, die ja geschäftig erträumt, wenn die Arbeiterschaft in handelnden Vereinigungen aller klassischen Arbeitsprofile, gewiß, einen Vergleich durch Selbstverträge zu fordern, eine direkte Ausprägung ihrer Befriedenheit haben, sobald es sich um ihre Interessen handelt. Diese Kreise haben erneut die Anerkennung durch ihre Erzeugnisse auf die Verbündeten abgeworfen, ganz zu Unrecht, denn diejenigen, die die Art des Krieges nach der Erfahrung der anderen Kriege bewußt sehen.

Abreißung der Fassade auf ihre Konsequenzen ließen die verdeckten Unternehmensstrategien nicht weiter durch die Menge ihrer wichtigen Organisationsmitglieder entrollt. Die Führungskräfte kannten die Unternehmertypen bestens. Das jüngste Managementteam wußte vernünftig, was vorgehen sollte und es fertigte einen Plan vor, der als Szenario erläutert wurde, um die gegebenen Verhältnisse zu bewältigen. Es war ein Plan für die Prognose abzuwarten, welche Strategie geführt es bestreben den Unternehmen zu gewinnen, die nun früher für sie geblieben waren. Diese zentralen Organisationsmitglieder besaßen das benötigte Wissen über die Unternehmensstrategien. Das Ergebnis des Krieges kann einmal bestimmt werden, wenn die entsprechende Organisation der Unternehmensstrategien bestimmt werden kann. Dieser "Kriegsplan", einer militärischen Strategie, ist derjenige, der hier dargestellt ist. Es besteht aus zwei Teilen, den beiden Verbündeten, mit einer als Mittel bezeichnet. Eine Taktik, die von den Parteien beiderseits eine Reihe von Möglichkeiten herstellen sollte. In der Tat ist es

1. **Georg Ritter von Schöner** ist Professor für Rechtswissenschaften an der Universität zu Berlin und einer der bedeutendsten Vertreter des "Rechtsstaatsprinzips".
 2. **Ernst Hesse** ist General.
 3. **Wilhelm Reichmann** u. So. ist Professor für Rechtswissenschaften an der Universität zu Berlin.
 4. **Walter Schlesinger** ist Professor.
 5. **General von Schleicher** ist General (Befehlshaber).
 6. **Professor Graebel** ist Regierungsrat (Gesetzgeber).
 7. **Dr. Breuer** u. Sohn ist Richter (Schiedsgericht).
 8. **Werner** ist Regierungsrat.
 9. **Professor Weidner** ist Professor für Rechtswissenschaften.
 10. **Dr. Schröder** ist Professor für Rechtswissenschaften.

der eigentlichste Sinn der Papierrevolution sollte auch die
Kinder beschließen, die Ausbildung der drei Organisationen, den
Gesellenstand, fähig zu führen. Wenn auch die Schriftsteller
selbst unter dem Kriegsschrecken erschrocken waren, so brannten doch
die sozialistischen Zeitschriften darüber immer fröhlich erzählen werden,
Wiederholungen in verschiedenen Zeitungen bestehen. Die
Zeitung der Papierrevolution haben über sozialistische Pro-
bleme geschrieben der Frieden mit Syrischer Revolution
beschäftigt. Sie werden weiterhin darüber auch nach dem Kriege
über Frieden ihre Sichtungen erneut zu erhalten wünschen und
die Schriftenkunst auszuüben. Sie werden bei künftigen
Anträgen der Nationalversammlung die Macht ihrer Organisationen gegen-
über treten. Diese Tugende führt auf die Erfüllung der Sozial-
rechtsideale zu. Papierrevolution wird eine Gruppe Menschen
zu haben die Papierrevolution bestrebt am Erfüllung ihrer Geschäft-
verpflichtungen, wenn sie hier aufzutreten.

eine starke Arbeiterorganisation entgegenstellen könnten. Nach dem Kriege wird mehr als jemals nur die Arbeiterschaft wirtschaftliche Erfolge erzielen können, die sie sich zu erlämpfen weiß. Deshalb muss jetzt schon ver sucht werden, die in der Heimat noch tätigen Papierarbeiter und -arbeiterinnen der Organisation zuzuführen, die später aus dem Gelbe wiederlehrenden Berufsstoffen wiederzugewinne; dann erst kann die Papierarbeiterchaft der Zukunft beruhigt entgegensehen.

Gute Geschäfte und böse Absichten in der Zelluloid-Industrie.

Über die Lage der Zelluloidindustrie im Jahre 1915 wurde
zürlich im Organ der Unternehmer dieser Industrie berichtet. Da-
nach war die Geschäftslage im allgemeinen gut. Nur die haupt-
sächlich für das Ausland arbeitenden Unternehmungen lagen teil-
weise still, weil der Verband ins Ausland naturgemäß stöde.
Dagegen hat die Beschaffung der Rohstoffe keine unüberwindlichen
Schwierigkeiten bereitet. Das ist deshalb bemerkenswert, weil zur
Herstellung von Rohzelluloid dieselben Stoffe erforderlich sind wie
zur Sprungstoff-Fabrikation, also Stoffe, die jetzt in be-
sonders großer Menge für Kriegszwecke verbraucht werden.

Nicht nur zur Beurteilung der Preisentwicklung in der Zelluloidindustrie, sondern darüber hinaus zur Beurteilung kapitalistischer Preispolitik überhaupt, bietet der Bericht einen schätzenswerten Beitrag in einer beiläufigen Bemerkung. Kurz nach Kriegsbeginn stiegen die Rohmaterialien der Zelluloidindustrie — eben weil sie zur Sprengstoff-Fabrikation gebraucht wurden — stark und schnell im Preise. Den Preisen für die Rohstoffe folgten fort die für Rohzelluloid. Dagegen erhoben die Zelluloidwarenfabrikanten damals energisch Einspruch; allerdings ohne Erfolg. Dann taten sie sich zusammen, und erhöhten entsprechend auch ihre Verkaufspreise. So weit ist die Sache ganz läufiglich. Nicht alltäglich aber ist es, daß jetzt in dem Bericht über die Geschäftslage im Unternehmerblatt gesagt wird, daß „die Zelluloidwarenfabrikanten zu ihrem größten Teil wünschen, daß die Preise für Rohmaterial nach dem Kriege zwar zurückgehen, daß aber nicht wieder den früheren tiefen Stand erreichen möchten“. So eine Unternehmergruppe, die sich hohe Rohstoffpreise wünscht! Das erscheint zunächst widersinnig, ist es aber nicht. Die Erhöhung der Rohmaterialpreise hat nämlich den Zelluloidwarenfabrikanten die Vereinigung erleichtert und die Durchsetzung so starker Preiserhöhungen möglich gemacht, daß die Gewinne jetzt höher sind als früher. Ein starkes Allen der Rohmaterialpreise könnte die glücklich erreichten hohen Preise gefährden und ist deshalb unerwünscht. In der Knopf-

ndre haben, wie berichtet wird, einige Unternehmer noch altes, niedrigen Preisen eingekauftes Rohmaterial verwenden und desselb billiger verkaufen können. Denen wird in dem Bericht gesagt, sei „sehr zu bedauern, daß diese Fabriken nicht die Zeit aufzuhalten vermögen“ und die Preise gleichfalls ausspielen. Später müßten sie es ja doch tun, und dann würde ihnen schwerer werden. Es ist bezeichnend, daß so ganz ungestrt von den Unternehmern verlangt wird, sie müßten auch die aus eig eingekauften Rohmaterialien hergestellten Waren zu hohen Preisen verkaufen, und fast noch bezeichnender, daß die Zeit des Reges als zu Preiserhöhungen besonders geeignet hingestellt wird.

„Neben dem in letzter Zeit eintretenden Mangel an Rohmaterial hat sich der M a n g e l a n A r b e i t e r n viel stärker
geltend gemacht. Besonders war es der M a n g e l a n
älteren geschulten Leuten. Für diese mußten
jüngere Kräfte eingestellt werden, da die weiblichen Kräfte doch
nicht alle Plätze, so z. B. in der Schleiferei und Poliererei, aus-
füllen vermochten. Die Zelluloidbranche hat mit diesen
ü n g e r e n K r ä f t e n k e i n e g u t e n E r s a h r u n g e n
gemacht, und allgemein wird bestätigt, daß man seine
R e i n u n g , d aß Leute über 40, sogar 50
Jahre und darüber nicht mehr leistungsf-
ähig sind, sehr hat ändern müssen. Die
ungen Leute von 18 Jahren und darunter waren anspruchsvoll,
ersetzten wenig, wollten viel verdienen und nicht viel arbeiten.
S o b a l d wieder genügend andre, bessere
Kräfte zur Verfügung stehen, werden diese
ungen Leute geringer entlohnt werden.
Sie fehlt die nötige Erkenntnis und Erfahrung, um sich den
veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie sind jetzt getöhtet,
viel zu verdienen und viel auszugeben. Wenn sie das später
nicht mehr können, wird es starker Anstrengung bedürfen, sie
auf einer höheren Ebene zu bewahren. Da diese Erfahrung in
allen Industriezweigen, nicht nur der Zelluloidbranche, gemacht
wurde, ist es Pflicht, schon heute darauf hinzuweisen, damit bei-
künftigen Vorjorge getroffen werden kann. Denn diese Sache geht
nicht die deutsche Industrie allein, sondern das gesamte deutsche
Volk an, damit es nicht später durch englische Kräfte jähre-
langen Angriiffe zu erdulden hat.“

Dass ein Mangel an geschulten Arbeitern bestanden hat und ist, ist unbestreitbar. Die Einziehungen zum Kriegsdienst haben all die Reihen der Arbeiter geschrumpft. Recht erfreulich ist es, man sieht jetzt entdeckt, dass die Arbeiter „über 40, sogar 50 Jahre“ nicht so wenig leistungsfähig sind, wie die Unternehmer meinten, als sie jüngeren Ertrag in Fülle haben konnten. Diese Erkenntnis dazu führen wird, dass man nicht nur jetzt, nun auch nach dem Krieg den älteren Arbeitern die höhere Rente hält, in mit das recht herumhängt.

Das die jungen Leute unter 18 Jahren kein vollwertiger Erwachsener Arbeiter sind, ist den Unternehmern zu glauben, sie viel verdienen wollen, kann man ihnen kaum ernstlich zumut machen, daß sie wenig arbeiten, wird man ihnen nicht so eingeschränkt nachjagen dürfen, wie das in dem Unternehmer geschieht. Es gibt ohne Frage jugendliche Arbeiter, die sich, ein Sicherwort sagt, mit wenig Arbeit lange behelfen können, eine allgemeine Errscheinung ist das nicht; am allerwenigsten in Zelluloidindustrie, wo im Frieden schon ein erheblicher Teil jugendlicher Arbeiter beschäftigt wurde. Es wird aber wohl so daß die Unternehmer von den jetzt zu gesteigerten Löhnen bezahlten Jugendlichen dieselben Leistungen erwarten wie von den älteren Arbeitern, an deren Platz sie gestellt wurden. Solche Erwartungen müssen natürlich entkräftigt werden, weil sie unbeständig sind. Man kann von jungen, unentwickelten Leuten

leissen, wenn man ihnen unter dem Zwange der Verhältnisse einen höheren Lohn zahlen müßt.

Die Ablenkung, daß die jungen Leute später gezwungen seien, lohn in erden sollen als jetzt, wird kaum gerechtfertigt sein, den Arbeitseifer der Jugendlichen anzufordern. Vielleicht ist sie aber geeignet, unter den Jugendlichen das Interesse für die Gewerkschaften zu erwecken. Nur wissen wir heute noch nicht, wie sich nach diesem Kriege die Lage in der Zellstoffindustrie gestalten wird, ob und in welchem Umfang die Unternehmer an die Durchsetzung ihrer Lohnabschöpfungsabsichten gehen können. Gewiß ist nur, daß sie dabei sehr weitgehende Absichten haben und daß die jugendlichen Arbeiter sich heute schon einen Rückhalt im Verbande suchen müssen, wenn sie dabei nicht allzu ungünstig abscheiden wollen. Unsre älteren Mitglieder werden hoffentlich Gelegenheit nehmen, ihre jugendlichen Mitarbeiter darauf hinzuweisen.

"Geapelt" Bündholzarbeiter.

Treu um Treue!

Arbeit ade!

Dieses Blatt steht am Kopfe einer Notiz der "Deutschen Bündholzindustriezeitung". Da sie wird mitgeteilt, daß der Verein deutscher Bündholzindustrieanfabrikanten im Jahre 1915 die Gewinnabilität für 25jährig und längere Dienstzeit an 15 Arbeiter und 12 Arbeiterinnen verabfolgen kann. Ein Arbeiter der Schreiner Georg Keller, bei der Firma Vereinigte Bündholzfabriken Meiendorf u. Bessungen in Niederk. H. am 1. 1. 1915 tätig, erhält für schwere Dienste das Gehendiplom.

Der Verfasser der Notiz, Geschäftsführer Georg Schwening, hält an die Mittelungen die Bemerkung: "Mag es den durch die Sitzung der südlichen Werke Gelehrten, denen die berufene Vertretung der deutschen Bündholzindustrie damit den Dank für ihre Treue und die vollste Verantwortung für ihre Tätigkeit ausgesprochen hat, bedingt sein, daß noch viele weitere Jahre gefund und arbeitslos in unserer Industrie benötigt zu können." — Wir nehmen natürlich zur Ehre der in Frage kommenden Arbeitgeber an, daß sie den Zubillaren neben der Urkunde bzw. dem Diplom auch einen entschuldigen Gehalt überreicht haben, damit sie sich wenigstens für einige Stunden der Lebensweise "geadelter" Personen bedienen könnten.

Kriegsgefangene als Industriearbeiter.

Für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Industrie sind vom preußischen Kriegsministerium allgemeine Maßnahmen ausgestellt worden, deren Kenntnis auch für die deutsche Arbeiterschaft wertvoll und wichtig ist. Wir geben deshalb das Wichtigste daraus nachstehend wieder.

Die Stellung von Kriegsgefangenen.

Beachtung verdient zunächst die Bestimmung, daß Unterrägen der Unternehmer, ihnen Kriegsgefangene zur Verfügung zu stellen, nur dann entsprochen werden soll, wenn besteht, daß dadurch keinem einheimischen Arbeiter die Arbeitsmöglichkeit genommen wird, wie, denn überhaupt die Arbeitskraft Kriegsgefangener nur als Auskunfts- zu betrachten ist, die, sofern einheimische Arbeiter frei sind, durch diese zu erschaffen ist. Dafür, daß dieser Gesichtspunkt maßgebend bleibt, ist die staatliche Aufsichtsbehörde (Régierungspräsident) verantwortlich; deshalb ist deren Régierung bei Prüfung und Erledigung eingehender Anträge vorgeschrieben. Einem Antrage auf Stellung von Kriegsgefangenen ist, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, ein Ausweis der Reichszentrale der Arbeitsaufsichtsbehörde hat selbstverständlich auch mit darum besorgt zu sein, daß den Unternehmen für ihren Betrieb geeignete und vor allem arbeitswillige Kriegsgefangene gesucht werden; dem etwaigen Verlangen am Ausweg hin solcher, deren Leistungen wegen Unfähigkeit dauernd unbefriedigend bleiben, muß stattgegeben werden.

Die Arbeitsvergütung

für die Kriegsgefangenearbeit wird grundsätzlich in verschieden Höhe gewahrt, wie sie unter gleichen Umständen dem freien Arbeiter zu gewähren ist; sie ist für den Kopf und Arbeitstag an die Heeresverwaltung zu zahlen. Der Kriegsgefangene ist täglich mit einem Verdienstlohn abzurechnen, der grundsätzlich 25 v. H. des Brutto-Lohnes beträgt. Bezuglich der Ausszahlung hat das Bewachungskommando Anordnung zu treffen. Bereinigung billigerer Lohnsätze mit den Arbeitern ist unzulässig.

Die Unterbringung und Versorgung

ist, wenn die Kriegsgefangenen nicht täglich von einem Gefangenenzulager aus gestellt werden, grundsätzlich vom Arbeitgeber gegen Vergütung zu übernehmen. Für die Unterbringung werden für den Kopf (Wachmannschaft und Kriegsgefangene) täglich 15 Pf. berechnet; die Säge für die Versorgung betragen für die Wachmannschaft allgemein täglich je 1,50 Pf., für die Kriegsgefangenen je nach der Kopfzahl bei 1—50 Mann je 1,30 Pf., bei 51—200 Mann je 1,20 Pf. und bei mehr als 200 Mann je 1,10 Pf. Liegt die Heeresverwaltung das Brot, so verzögern sich die genannten Versorgungssätze für je 100 Gramm um 4 Pf. Die Eisenbahn- und sonstigen Reisekosten trägt der Arbeitgeber für einzelne Fälle und Rücksicht vom und zum Kriegsgefangenzulager sowie für die Auswaisungen, die am Veranlassung des Arbeitgebers vorgenommen werden. Ebenso fallen etwa für notwendige Suhlager an die Wachmannschaft, die von der Heeresverwaltung gestellt wird, dem Arbeitgeber zur Last.

Kriegsgefangene und Sozialversicherung.

Da als Arbeiter beschäftigte Kriegsgefangene nach der Entscheidung des Reichsversicherungsauswa. keine freien Arbeiter sind, unterliegen sie auch nicht der Versicherungspflicht nach der Reichsversicherungsordnung. Der Kriegsgefangene ist Arbeitgeber, für die ärztliche Versorgung in dem Maße, wie sie freien Arbeitern durch die Krankenkassen gewährt wird, anzuhören. Erst wenn Verhandlung in ein Kapital erforderlich geworden ist, tritt die Heeresverwaltung an der Kostenzurückhaltung des Unternehmers ab für die Kosten ein.

Für die Landwirtschaft gilt gelernt diese Bestimmungen nicht. Den landwirtschaftlichen Betrieben werden Kriegsgefangene zu weitaus günstigeren Bedingungen gestellt. Die industriellen Unternehmer sind deshalb seit länger Zeit bemüht, auch für uns die Gefangenen billiger zu bekommen. Besonders für die Männer, mit denen nun endlich bislang sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat, will man nicht soviel bezahlen. Die deutsche Arbeiterschaft ist natürlich in hohem Maße davon interessiert, daß die Gefangenen nicht zu Subsistenzlohn werden, und muß deshalb die Durchhaltung der oben wiedergegebenen Verteilung dringend wünschen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der gewerkschaftliche Bürgschein nach dem Kriege.

Die örtliche "Forts. und Heimatzeitung" zieht in einem längeren Artikel einige Lehren aus dem Weltkriege. Darin wird behauptet, daß sich in diesem Kriege die ungeheure Macht der Organisationen mehr als je zuvor gezeigt habe. Aus dieser Erkenntnis, die sich ja eindeutig bestätigt hat, wird der Schluss gezogen, daß die allgemeine Organisation im Wirtschaftsleben die Arbeiter zum Ausbau ihrer Organisationen zwinge. "Sie müssen", so heißt es, "wollen wir besser zur Gewinn kommen, alles daran legen, um auch die Arbeiter endgültig festzu organisieren." Weiter heißt es dann in dem Artikel:

"Wir haben in diesem Krieg mit den Andersgejagten und Andersorganisierten gekämpft, haben nur gemeinsame große Sache gemeinsam Platz und Leben aufs Spiel gesetzt. Die führenden der verschiedenen Arbeiterorganisationen sind unter dem Zeichen des Bürgscheins so im allgemeinen ebenfalls ganz gut angekommen, ohne sich hektisch zu bekämpfen. Deshalb hat keiner was vor seinen Zielen und sonst Bedrohung gegeben. Naturn sollte nicht auch nach dem Kriege

ein besseres Zusammenwirken der verschiedenen Arbeiterverbände möglich sein? Wir sehen, wie sich die in grundlegenden und vielen praktischen Fragen oft sehr verschiedenartigen Organisationen anderer Gewerbebrüder in den ihnen gemeinsamen Fragen rechtlich und brüderlich zusammenfinden. Wir sehen heute in allen Fragen die landwirtschaftlichen Interessen berührt christliche Bauernvereine und Bund der Landarbeiter hand in Hand. Deswegen geht kein einziges Bauerbündnismitglied zum Bund der Landarbeiter über, das umgekehrt. Nur die Organisationen arbeiten zum Nutzen aller zusammen. Schließlich sehen wir es in Handel und Gewerbe. Wir bewegen nicht einzeln, man kann sich nicht gleichzeitig die Arbeitsergebnisse ausspielen, sondern gemeinsam als gleichberechtigt und dabei insberechtigt anerkennen. In allen unter starker Wahrung der Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Organisationen und unter Wahrung der Grundsätze und der Neuerung, die anderen. Deswegen braucht der notwendige Konkurrenz Kampf nicht auftreten. Bei allgemein geringem Willen liegen sich diese Mittel und Wege finden, um Heimspiele hüten und darüber etwas zu tun. Es liegt im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterschaft und des ganzen deutschen Volkes."

Diese offene Bekennung zum gewerkschaftlichen Bürgschein, auch nach dem Kriege — darauf kommt es an — ist bemerkenswert. Besonders deshalb, weil gerade die christlichen Gewerkschaften der von uns hier ausführlich behandelten Erregung der Hirsch-Denkschriften Gewerkschaften sehr stark gegenüberstanden. Es ist allerdings noch nicht abzusehen, ob die oben wiedergegebenen Ausschreibungen eine allgemeine Schwächung anstreben oder ob sie nur die Aussöhnung eines kleinen Kreises wiedergeben. Auf jeden Fall sind sie beachtenswert. Man erkennt in ihnen Gedankengänge, die uns sehr gefährlich sind. Wie oft haben wir nicht schon die Liberalisierung der Gewerkschaftsbewegung mit dem Hinweis befürchtet, daß die anderen Gewerbsgruppen sich zurVertreibung ihrer Interessen zusammenfinden ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Anschauungen. Um so mehr freut es uns, wenn hier auch christliche Gewerkschaften erkennen, daß die Organisierung der Arbeiter nach politischen oder religiösen Gesichtspunkten nicht nur überflüssig, sondern höchst schädlich ist. Die uneingehärrte Anerkennung dieses Standpunktes findet sich allerdings in dem Artikel der "Keramikarbeiterzeitung" nicht. Vielmehr wird sogar ausdrücklich gefragt, daß die Organisationen ihre Selbständigkeit und Eigenart behalten sollen, und der Konkurrenzkampf der Organisationen wird sogar als notwendig bezeichnet. Wer aber die oben angeführten Sätze unbedingen sieht, wird zugeben, daß man aus ihnen ganz andere Folgerungen nicht nur ziehen darf, sondern eigentlich ziehen muss.

Unser österreichischer Bruderverband im Jahre 1915.

Der Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie und verwandter Berufe Österreichs hat unter den Kriegswirkungen schwer gelitten. Die Mitgliederzahl, die zu Beginn des Jahres 1915 noch 7078 betrug, ist am Jahresende 2522 auf 2050 am Kriegsende gesunken. Von den fehlenden 2472 sind 2030 zum Kriegsdienst eingezogen, so daß der militärische Verlust nur 472 beträgt, also durchaus nicht hoch ist. Von den noch gebliebenen Mitgliedern haben jedoch etwa 1600 im Beitragsstandpunkt nachgezogen, so daß nur noch etwa 3000 stehen. Es sind vorhanden sind gegen 5600 zahlende Mitglieder bei Jahresbeginn. Zum Kriegsdienst sind insgesamt 5134 Verbandsmitglieder eingezogen.

Die Finanzverhältnisse des Verbandes sind nicht ungünstig. Im Berichtsjahr betrugen die Einnahmen rund 63 000 Kronen, die Ausgaben 75 000 Kronen, so daß dem Vermögen 12 000 Kronen entnommen werden mussten. Dieses betrug am Jahresbeginn 205 000, am Jahresende 193 000 Kronen. Von den Ausgaben entfielen 12 000 Kronen auf Unterstützungen, davon etwa 8000 Kronen auf die Kranken- und 2000 Kronen auf die Arbeitslosenunterstützung.

Im Rahmen eingerungen fanden 25 statt, wovon 12 unten und 9 teilweise Erfolg brachten; 4 blieben ohne Erfolg. Zum Streit führte eine Befragung. Beteiligt an den Lohnbewegungen waren 32 541 Arbeiter und Arbeiterinnen, für welche eine Lohnzulage von insgesamt 1 624 732 Kronen erreicht wurde. Unser österreichisches Bruderorganisations steht seinen Auszug aus dem Bericht mit folgenden Worten:

Der Verband hat, unterstützt durch seine Brüdervereine, das möglichste getan, um die Rechte der Mitglieder zu wahren und für die Arbeiterschaft der chemischen Industrie eine Verbesserung der Lage während der durchschwierigen Kriegszeit herbeizuführen, und er ist überzeugt, wenn alle die damaligen Mitglieder ihre Pflicht erfüllt haben und nicht nur ihre Beiträge zahlen, sondern auch für den Verband agieren, daß er die Kriegszeit aushalten und nach dem Kriege eine erste Stufe der Arbeiterschaft der chemischen Industrie und deren verwandter Branchen sein wird."

Berichte aus den Zahlstellen.

Krieg. Der noch immer tobende Weltkrieg hat unsre Zahlstelle hart mitgenommen. Die uns zugehörigen Betriebe waren weniger mit Kriegsleistung beschäftigt, und so war auch der Geschäftsgang nicht mäßig; deswegen wurde auch die Arbeiterschaft mit Lohnerschließungen nicht beschäftigt. Aufgrund der ungeheuren Verkürzung des Lebensunterhalts hat sich die Lage der Arbeiter sehr schlecht gestaltet. Darunter ist natürlich die Organisation sehr schwer. Ein erheblicher Teil der Mitglieder leidet aus den Rüden. War die Organisation in vielen Betrieben vor dem Kriege noch schwach, so hat der Krieg uns dieselbe jedes Einflusses herab. Da in es denn kein Bunder, der der Lohn, der bei Ausbruch des Krieges 2,50—2,70 Pf. betrug, auch nicht um einen Betrag erhöht wurde.

Die Zahl der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder ist von 148 auf 250 gestiegen. Schmerzlich für uns ist es, berücksichtigen müssen, daß 25 brave Kameraden, darunter 5, die der Ortsverwaltung angehören, gefallen sind. Neueingetreten sind 11, ausgetreten 78. Am Schluß des Jahres waren noch 107 männliche und 54 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Einnahme der Hauptloge betrug 6166,01 Pf. die Ausgabe 324,22 Pf. Die Einnahme der Lokallogen betrug 2531,70 Pf. die Ausgabe 2375,23 Pf. In Körberlohn, Granaten sowie Ausgezehrtenunterstützung wurden 2546,21 Pf. und für die Feuerwehrzusage 1915 1218 Pf. ausgezahlt.

Unsre Zahlstelle und unser unter den Dringen des Krieges zu leben hatte und noch leidet, so ist doch die Hoffnung vorhanden, daß bald wieder neues Leben einzusteht. Wenn jedes Mitglied seine Pflicht tut, dann wird es uns möglich sein, auch diese harte Zeit zu überwinden.

Franz Berger.

Düsseldorf. Am 30. Januar stand die Jahresgeneralversammlung fest, der gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt, gut besucht war. Aus dem Jahresbericht entnehmen wir einige wesentliche Punkte. Die Zulageablage ergab für das Jahr 1915 eine Einnahme und Ausgabe von 17 609,85 Pf.; hierüber wurde der Betrag von 6766,16 Pf. an die Hauptloge geleistet. Als Weihnachtsgabe an Kriegsgefangene wurde aus der Hauptloge die Summe von 1158 Pf. ausgeschüttet, ferner kam hierüber ein Betrag von 867 Pf. aus der Lokallogie.

Die Lokallogie schloß mit einer Jahreszusage und ausgabte von 10 290,34 Pf. ab. Der Lokalverbund hatte eine Abnahme zu verzeichnen, und zwar von 1921,54 Pf. im Jahre 1914 auf 579,52 Pf. im Jahre 1915. Der Generationsfonds betrug 33 763 und ergab eine Beitragsleistung von 48,8 pro Mitglied und Jahr.

Die Mitgliedervertretung entwickelte sich in folgender Weise:

Sozial Zahl der Familien	Zahl der Kinder	Brutto- zahnmiete	Thango
Beitrag von 1914	713	Ausfälle	215
Gesamtbetrag	480	Abgeltung	140
Beigetrag und übergezogene	27	Zum Militär eingezogen	222
Niedrigste und höchste Zahl	27		
Zum Militär zurück	12		
Zusammen 1915	587		
Vorstand Ende 1915	672		

Vor Kurze ist die Entwicklung der Zahlstellen des Central zu Datum im Jahre 1915, was wir durch nachstehende Tabelle veranlaßten:

Quartal	Mitglieder bestand	Beiträge	Einzahlte	Bahl der Aufnahmen zu oder Vnahme	Mitglieder
4. 1914	713	7606	96	+ 36	—
1. 1915	749	8548	176	— 18	
2. 1915	727	8363	188	— 23	
3. 1915	704	8053	101	— 32	
4. 1915	672	7819	65		

Das ergibt eine Abnahme von 41 Mitgliedern gegenüber dem Jahre 1914. Der Marzenumsatz ist jedoch nur 200 gestiegen. Die 480 neu gewonnenen Kollegen können den Verlust an Mitgliedern nicht wettmachen, der besonders durch Einberufung ansteigt. Insgesamt stehen 613 unserer Mitglieder unter dem Wasser, von denen bereits 27 gefallen sind.

An Lohnbewegungen ist, abgesehen von einer Anzahl kleiner Differenzen in den einzelnen Betrieben, der Vertragabschluß zwischen unserem Verband und der C.-C.-G. Gesellschaftsabteilung bemerkenswert. Für diesen neuerrichteten Betrieb waren die Völle für das Jahr 1915 bereits geregelt. Der Monatlohn betrug 30 Pf. Im Frühjahr 1915 beantragten die Arbeiter des Betriebes eine Leistungszulage, die von der Leitung der C.-C.-G. in Hamburg abgelehnt wurde. Die Arbeiter gingen nun auf eigene Faust vor und reichten, da die Firma den Forderungen der Arbeiterschaft nicht nachgab, mit 45 Mann die Klage ein. Der Verband war an den bestehenden Vertrag gebunden, und die Arbeiter sonnten von dieser Seite keine Unterstützung finden. Es zeigte von wenigen gewerkschaftlichen Disziplin der Kollegen, daß sie das Antreten des Verbandes durch ihr Vorgehen in Gefahr brachten. Auf alle Fälle geht die Vertragsschluß des Verbandes über die Wünsche der einzelnen Kollegen. Die Differenzen fanden ihre Erledigung darin, daß die Firma eine Zulage von 2 Pf. pro Woche gewährte. Bei dem für das Jahr 1916 neu abgeschlossenen Vertrag wurde der Lohn für die jeweils im Betrieb beschäftigten Arbeiter über 21 Jahre auf 35 Pf. Wochenlohn, bei 50stündiger Arbeitszeit in der Woche, erhöht. Der Lohn für die weiblichen Arbeiter wurde um 1 Pf. pro Woche erhöht. Arbeitern unter 18 Jahren erhalten somit einen Lohn von 16 Pf. pro Woche; die im Publizier Raum beschäftigten erhalten 1 Pf. pro Woche mehr.

Im 4. Quartal 1915 wurde eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. eingeführt, und zwar sollte mit diesen Einnahmen der Beitrag, den die Zahlstelle als Weihnachtsgabe an Krieger verursacht hat, gedeckt werden. Die Mitglieder haben dieses Vorbehaltlosigkeit auf sich genommen. Wie aus dem Bericht ersichtlich ist, kann die Zahlstelle Düsseldorf, trotz der schweren Krise, mit einer gewissen Genüge auf das Jahr 1916 zurückblicken. Aber schon mehrere Jahre hat die Schwierigkeiten mit denen man kämpfen hat. Gerade die für uns in Frage kommende Industrie leidet schwer unter der Beschaffung von Rohmaterialien, und nicht minder von Arbeitsträgern. Natürlich hat die Papierindustrie darunter zu leiden, daß ihr die geholten Arbeiter immer mehr entzogen werden. Hoffen wir, daß das Jahr 191

Im Hinsicht dieser Entwicklung traten wir in eine allgemeine Lohnbewegung ein, bei der die Erfahrungsergebnisse mit den Freunden Otto Wohlmeier und Krause u. Baumann in Heidenau erörtert wurden, um August geplant werden können. Die Bewegung umfaßte 14 Betriebe mit 17 Betrieben, in denen circa 2700 Arbeiter und Arbeitnehmer beschäftigt sind. Davon erzielten nach unseren Erfahrungen 1763 oder 63,7 Prozent eine Leistungszulage von 1.-10% bis 3.-11% wöchentlich; nur in einem Betrieb mit 30 Arbeitern beträgt diese bis zu 5%. In 5 Betrieben mit circa 640 Arbeitern erzielten 403 oder 63 Prozent außer der Leistungszulage noch eine Zulage von 1.-6% pro Stunde.

Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1915 erheblich erhöht worden. Zum Rüstungsdienst sind in diesem Jahr 520 Kollegen eingezogen worden, so daß insgesamt am Jahresende 1915 1620 Kollegen im Kriegsdienst stehen. Unter Mitgliedern ist von allen Kollegen, die wir bei Kriegsausbau hatten, unter Mitgliedern ist von 2934 Kollegen und 680 Kolleginnen, die wir bei Kriegsausbau hatten, auf 1000 Kollegen und 471 Kolleginnen zurückgegangen. Am Rüstungsdienst haben wir 241. Die Tätigkeit ist durch die geplante Einrichtung des Vereins- und Verbandsvertrags fast ganz unmöglich gemacht, was wiederum fast ausschließlich den Unternehmern zugute kommt, die beginnen durch ihre Klasseneinstellung und ihre viel geringere Zahl, leicht und angeführt an dem weiteren Aufbau und an der Befestigung ihrer Organisation auch in der Kriegszeit weiterarbeiten.

Der Mitgliederverlust wird natürlich in gleicher Weise auch auf die Kassenverhältnisse. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen im Jahre 1915 insgesamt 36 136 M. (im vorhergehenden Jahre 73 639 M.), die Ausgaben 24 606 M. (74 023 M. im Vorjahr). Der Hauptkasse wurden eingeflossen 11 830 M. (gegen 15 816 M. im Vorjahr).

Die Volkskasse hatte 16 074 M. Einnahmen gegen 32 325 M. im Vorjahr, und 19 084 M. Ausgaben, darunter 4391 M. für Unterstützung in aufgerissenen Notfällen und als Beitrag zu der Unterstützung aus der Hauptkasse an die Familien der Kriegsteilnehmer. Im Kostenbestand verbleibt die Summe von 10 486 M. Die Gesamtaufnahme aller Unterstützungsabgaben aus der Haupt- und Volkskasse beträgt 22 888 M. (im Vorjahr 62 632 M.). Daraus entfallen auf die Bevölkerungsunterstützung an die Familien und Eltern der im Kriegsdienst stehenden Kollegen 9982 M.

Diese Zahlen zeigen recht anschaulich die Kriegseinwirkung auf unsre Zahlstellen. Im Geschäftsbereich wird es nicht anders sein, woran wir alle Kollegen, und besonders für die Kolleginnen, die Pflicht erwähnen, mit allen Kräften an dem weiteren Aufbau und Ausbau der Organisation mitzuwirken. Der Krieg hat auch in den Betrieben so vieles geändert. Die Arbeitsverhältnisse sind fast ganz außer Kraft gesetzt, die Arbeitszeit kann erheblich ausgedehnt werden, die Erwerbsarbeit wird rückhaltlos überall angewendet. In Arbeitsschulen, an denen vor dem Kriege nur kräftige Männer beworben wurden, führen jetzt Frauen oft bei 12stündiger Arbeitszeit. In den Betrieben, in denen Kriegsmaterial hergestellt wird, ist sogar für die Frauen die Nacharbeit zugelassen. Kriegsgegnerische stehen an den Arbeitsplätzen, wo andre Kollegen gesessen haben, die jetzt das Kriegshandwerk ausüben. So länger der Krieg oder dauernd, desto mehr werden alle diese Zustände zur üblichen Gegebenheit, an der besonders die Unternehmer ein Interesse finden. Daß alle diese Zustände nicht zu einem Mittel werden, mit dem die Unternehmer auch für die nachkriegerische Friedenszeit Verhandlungen vorbereiten können, dafür müssen wir Deutungsfähigen jagen. Das fanden wir aber nun, wenn wir die Organisation mit allen Kräften und Mitteln, die sich uns bieten, ausspielen und festhalten. Das wir in dieser Sicht alle unsere Pflicht, und bringen uns das künftige Jahr endlich den hinterheren freuden, ja weisen wir in nächsten Jahre mit einem neuen Vertrag anzuzeigen lassen.

Unser Verband in der 78. Kriegswoche.

Für die 78. Kriegswoche, die den Zeitraum vom 24. bis 30. Januar 1916 umfaßt, haben 325 Zahlstellen berichtet, gegen 302 in der Vorwoche. Die Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde, ist jedoch etwas geringer als in der Vorwoche, weil in der Berichtswoche einige größere Zahlstellen nicht berichtet haben. Folgende Gegenüberstellung zeigt die Veränderung der Mitgliederzahl in den Berichtszahlstellen seit Kriegsausbau.

	monatliche weibliche zusammen
Mitglieder am 1. August 1914 . . .	157 242 22 629 179 931
29. Januar 1916 . . .	59 534 17 315 76 853
Ausgabe am 29. Januar 1915 weniger . . .	97 704 5 374 103 078
Zum Kriegsausbau eingesetzt . . .	79 859 — 79 859
Monatliche Zahl der Kriegswoche . . .	17 845 5 374 23 219

Der Gesamtbetrag seit Kriegsausbau beträgt danach in den berichtenden Zahlstellen 23 219 oder etwa 13 vom Hundert. Das ist weniger als für den Jahresabschluß 1915 erreicht wurde. Die Differenz ist jedoch gering und kann sehr wohl auf eine andere Jahresabschlußzeit der berichtenden Zahlstellen — oben wurde schon ausgeführt, daß einige große ausgeschlossen sind, mehrere kleine dagegen berichtet haben — zurückzuführen sein.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erfahrung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die sich berichtiglich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt und ermittelt, sowie erreichte Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit zweckmäßig genauso entsprechen würden, weil der Unterschied der Mitglieder, für die Bericht nicht eingestellt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtigung	Arbeitslos		Zum Kriegsausbau eingesetzter	
	gesamt	aus je 100	aus je 100	aus je 100
1. August . . .	17 663	8,5	34 386	19,2
2. September . . .	17 235	11,5	44 429	24,5
3. Oktober . . .	14 229	8,3	45 855	26,4
4. November . . .	9 223	6,3	51 561	28,4
5. Dezember . . .	6 256	5,0	54 428	30,0
6. Januar . . .	6 259	4,8	57 170	31,4
7. Februar . . .	5 399	4,1	60 039	33,2
8. März . . .	3 450	2,7	65 015	35,7
9. April . . .	2 310	2,0	68 423	37,7
10. Mai . . .	1 221	1,2	71 833	39,4
11. Juni . . .	929	0,9	75 662	41,9
12. Juli . . .	719	0,5	76 584	42,5
13. August . . .	522	0,8	81 257	45,0
14. September . . .	325	0,5	83 412	45,8
15. Oktober . . .	222	0,7	85 628	47,6
16. November . . .	82	0,7	86 573	48,9
17. Dezember . . .	22	0,5	90 597	52,9
18. Januar . . .	1 159	1,2	92 157	50,7
19. Februar . . .	1 159	1,2	92 687	50,9
20. März . . .	1 023	1,2	92 622	50,9
21. April . . .	1 023	1,2	92 720	50,9

In der Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erfahrung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die sich berichtiglich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt und ermittelt, sowie erreichte Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit zweckmäßig genauso entsprechen würden, weil der Unterschied der Mitglieder, für die Bericht nicht eingestellt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erfahrung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die sich berichtiglich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt und ermittelt, sowie erreichte Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit zweckmäßig genauso entsprechen würden, weil der Unterschied der Mitglieder, für die Bericht nicht eingestellt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich eine Veränderung nicht gezeigt. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtswoche und in den berichtenden Zahlstellen 13 785 M. eingesetzt; davon entfielen 11 128 M. auf Unterstützung an Arbeitsschulen. Von den aus den Berichtszahlstellen eingesetzten Kollegen sind leider jetzt 5108 als gesetzlich gemeldet.

Die Arbeitslosigkeit hat sich auf dem Stand der Vorwoche gehalten. Noch ist und einige Mitglieder mehr arbeitslos geworden, die Arbeitslosigkeit hat sich jedoch nicht geändert. Und in der Zahl der arbeitslosen